

# Berliner Tageblatt

Nr. 128

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Forderungen des Comité des forges.

### Gewaltfamer Abtransport der Kohlen verlangt.

Anzuerkennung mit den Misserfolgen der Regierungspolitik.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Der Sozialist Blum fragte gestern im „Populaire“: „Gedenkt Poincaré die Befehle bis zur Katastrophe zu treiben, um Kohle aus dem Ruhrgebiet zu holen?“ Die Zeitung des Comité des forges, die „Journé Industrielle“, bringt heute in einem sehr interessanten Artikel die Antwort auf diese Frage. „Im Ruhrgebiet lagern jetzt 400000 Tonnen, die seit fast drei Monaten lang die französischen Höfen speisen, die jetzt zu einem erheblichen Teil die Arbeit eingestellt haben. Bisher haben die Deutschen den Abtransport verhindert. Jetzt sind genügende Waggons vorhanden und mit dem Abtransport könnte begonnen werden wenn man den Kohlen von den Zechen hätte. Da diese Maßnahme etwas gewaltfam ausgeführt werden müßte, könnte sie zu Zusammenstößen führen. Diese Zusammenstöße fürchtet Blum, und da er den Ministerpräsidenten kennt und weiß, daß dieser vor Verantwortung dieser Art zurückzuckt, verliert er durch die Prophezeiung blutiger Kämpfe auf ihn ein großes Vertrauen.“ Die „Journé Industrielle“ antwortet nun Herrn Blum weiter: „Selbst im Anfang der Ruhraktion sind aus Deutschland nicht mehr als zehn Waggons mit Kohle nach Frankreich gelangt. Die französische Metallindustrie hat dadurch bereits mehr als 20 Millionen verloren und was wichtiger ist, als der Geldverlust. Diese tausende französische Arbeiter werden erbeitslos. Die Preise für die Kohlensteine werden steigen. Alle Preise gehen auf neue in die Höhe. Eine ganze Reihe anderer Industrien wird in Mitleidenschaft gezogen, so daß soziale Unruhen zu befürchten sind. Kann Herr Blum, obwohl er Sozialist ist, solche Zustände in Frankreich wünschen?“ Diese Schilderung der großen Gefahr, die endlich einmal ohne Beschönigung zeigt, wie unbedenklich das französische Volk von den französischen Berühmtheiten belogen worden ist, wird durch einige Zitate über Deutschland ergänzt, in denen gesagt wird, daß Deutschland für drei Monate Kohle habe und deshalb das Spiel gegen Frankreich fortsetzen könne. Wenn wir diesen Zustand dulden, werden wir allmählich

fächerlich, und unsere Operation wird nutzlos. Deshalb müssen wir die Frage des Zwanges in Betracht ziehen. Soll die Befehle der Ruhr eine Zwangsoperation sein? Dann muß der Zwang so angewandt werden, daß er keine Wirkung erzielt. Sonst hat unsere Operation keinen Zweck. Es ist sicher, daß die Westfalen bereits nachgegeben haben würden, falls sie ihrer Regierung sagen konnten, sie müßten dem Zwang weichen. Die Illusionen die „diplomatischen Beuten“, die haben Maßnahmen und die Befürchtungen der Regierung stehen im Widerspruch zu dem Zweck, der uns nach der Ruhr geführt hat. Wir sitzen seit zweieinhalb Monaten an der Ruhr. In dieser Zeit muß die Regierung erlaubt haben, was sie auszurichten vermog. Wenn sie beschließt, den Kohle zu holen, den wir brauchen, muß man annehmen, daß sie das Mittel dazu besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Verlangen die Mittel, dann hat die Regierung nicht ihre Pflicht getan. Man hat oft gesagt, daß die französische Industrie die Ruhraktion genehmigt habe, die Wahrheit ist, daß die Industrie nicht gefragt worden ist. Heute erheben die Industriellen ihre Stimme, weil es sich nicht mehr um Gewinne und Verluste, sondern um Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Unruhen und nationale Gefahr handelt. Die Antifindung an die Regierung ist von Bedeutung. Zum ersten Male werden nicht bloß der wirtschaftliche Misserfolg, sondern auch die Gefahren für die inneren Verhältnisse Frankreichs offen eingestanden. Der einzige Fehler dieses Artikels beruht auf der letzten offiziellen Äußerung der falschen Einschätzung des Widerstandes der westfälischen Arbeiter. Diese Äußerung ist erledigt, seit, sobald der erste Versuch, Kohle mit Gewalt aus den Zechen zu holen, mißlungen ist.

Die Gerüchte über Verhandlungen, die in den letzten Tagen verbreitet wurden, haben wenigstens eine Wirkung gehabt: In London und New-York wurden große Summen von Francs gekauft, und der Kurs der französischen Finanz fest deshalb getrieben nachträglich. Später trat eine Reaktion ein, wahrscheinlich weil die Elemente bekannt wurden. Einige Blätter betonen dieses Ergebnis als einen Vorteil für Frankreich. In anderen Zeitungen wird dagegen das richtige Urteil ausgesprochen, daß die Wirkung der Verhandlungsgerüchte auf den Franc Kurs lediglich der Beweis dafür sei, wie sehr die Finanz dieser gefährlichen Spannungen müde ist. Die Verbesserung der Devisen ist nicht durch Verhandlungen über eine deutsche Kapitalisation, sondern durch das Gerücht von einer französisch-belgischen Vereinfachung zur Annahme einer englischen Vermittlung herbeigeführt worden.

## Provisorische Steuerreform.

Zur gestrigen Annahme des Geldwertengesetzes.

E. F. Nach stürmischer dritter Lesung wurde gestern das „Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen“, wie sein schwerfälliger Titel lautet, vom Reichstag angenommen. In namentlicher Abstimmung mit zweihundertundneun Stimmen gegen einhundertsechszwanzig. Also nicht mit der breiten Mehrheit, die das Steuerkompromiß vom April 1922 und die Gesetze zum Schutz der Republik gemacht hat. Weiße Ja-Zettel gaben ab die Deutschen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, ebenso die Demokraten, diese allerdings mit Ausnahme einiger Abgeordneter, die sich der Abstimmung enthielten oder sich vorher entfernten. Gegen das Gesetz stimmte außer den Kommunisten auch die Vereinigte Sozialdemokratie. Es ist das erste große Gesetz, das nach dem Ausschließen der Sozialdemokratie aus dem Kabinett ohne sie zustande gekommen ist. Das ist bedeutsam. Nicht als ob jedes wichtige Gesetz unbedingt des Placet der Sozialdemokratie bedürftig wäre. Wohl aber will eine Steuerreform, die wirksam werden soll, von der inneren Zustimmung der breiten Massen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer getragen sein, und nicht in der Zeit der Ruhrinvasion, die die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes erfordert, auch der Ziele vermieden werden muß, als sei hier eine Kampffront der vereinigten „bürgerlichen“ Parteien gegen die sozialistische Linke etabliert. Wenn der „Vorwärts“ allerdings vor einiger Zeit bedauernd erwähnte, daß die Linie, die früher von Erzberger und Wirth über Erlezen zu Reil und Scheidemann ging, jetzt von Helfferich über Becker-Olsen und Herold bis Fischer-Röhn reicht und dort abdriftet, so vermag er, daß das Steuerkompromiß vom April 1922 von einer Koalition zu Reil gemacht und von einer Opposition unter der Führung des damaligen Unabhängigen Herk bekannt, dem Sozialdemokraten, der jetzt als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie das neue Steuergesetz in Einzelheiten nicht unzutreffend, im ganzen mit maßvoller agitatorischer Hebertreibung angegriffen hat.

Der polemische Teil der gestrigen Reichstagsdebatte wurde außer von Herr durch Helfferich bestritten, der die Sache hat schon durch die Form seiner Ausführungen ohne Rücksicht auf den Inhalt provozieren zu wirken. Auch seine gestrigen Demonstrationen dürften selbst bei den Parteien, die mit ihm stimmen, ein erhebliches Mißbehagen hervorgerufen haben. Reichsminister Dr. Ferno verteidigte in seiner Rede gegen die Liebertreibungen des sozialdemokratischen Redners das Gesetz, das sich im Laufe der Ausschüßverhandlungen gegenüber der Regierungsvorlage außerordentlich verändert hat. Heute vor acht Tagen sollte die Sozialdemokratie durch Obstruktion das Gesetz beschlußunfähig gemacht. Gestern letzte die der Verabschiedung des Gesetzes eine Schwierigkeit in den Weg. Bei den Verhandlungen die inzwischen abgefallen wurden, sind einige Änderungen im Sinne der Sozialdemokratie vorgenommen worden — zum Teil rein deklaratorischer Natur. Auch hat der gewerkschaftliche Flügel des Zentrums, das im Ausblick unter Führung von Herold einseitig agrarisch orientiert gewesen war, seinen Einfluß hinter den Rücken zur Geltung gebracht. Mit seiner Freude wird das Werk wohl von seiner Partei begrüßt. Der Finanzminister bezeichnet es als einen Versuch zur Beseitigung steuerlicher Ungerechtigkeiten, die als „heißel“ genannt. Wie weit ist der Versuch geglückt? Wie weit der Rest abgefallen?

Zweifellos ist, daß die Geldentwertung, das besonders ihr katastrophaler Fortschritt im Jahre 1922 zu ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten geführt hat. Es liegt auf der Hand, daß ein Steuerjahr, das mit einem Dollarkurs von 186,50 beginnt und mit einem Kurs von 724,15 endet, ein Jahr, in dem der Lebenshaltungszähler von 1640 auf 6866 steigt, mit den hergebrachten Maßstäben steuerlicher Gerechtigkeit nicht mehr bewältigt werden kann. Die Vermögensstände auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern sollte das Gesetz abheben. In seinen Einzelheiten ist das Gesetz außerordentlich verzweigt, und der Vorwurf abichtlicher Unübersichtlichkeit, den der sozialdemokratische Redner in einem Punkte erhoben hat, ist sicherlich unbegründet, da bei der Kompliziertheit der Materie ein solches Resultat ohne jede Rücksicht erzielt worden ist. Ein ganzes Bündel von Steuern, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Kapitalertragssteuer, die Kapitalertragssteuer, die Versicherungssteuer, die Besteuerung des Person- und Güterverkehrs, und außer diesen Steuererlassen noch das Kenn-, Wett- und Lotteriegeld, sowie das Wechselstempelgesetz werden abgeändert. Will man eine Übersicht gewinnen, so muß der umfangreiche Stoff nach drei Gesichtspunkten gliedert werden: der Geldentwertung bei den Zinsen, bei der Bewertung und bei der Zahlung.

Es liegt auf der Hand, daß die nach Art und Höhe der Einkommen gestaffelten Tarife mit fortschreitender Geldentwertung eine nicht gewollte und nicht erträgliche Verschärfung erfahren, wenn das Einkommen und das Vermögen bei der Durchführung der Besteuerung nur noch einen Bruchteil der Kaufkraft besitzt, die es bei Erlaß des Steuererlasses gehabt hat. Das schwierige Problem wäre gelöst, wenn die Tarife ein für allemal auf Goldmark oder eine andere feste Werteneinheit (Zunder) gestellt würden. Die Deutsche demokratische Partei hat seit langem auf diesen Weg hingewiesen. Ueber den Vorschlag wurde bereits früher einmal im Reichstag verhandelt: den Anlaß bildete die Tatsache, daß der Dollar im Sommer 1921, als die Regierung den Vermögenssteuerentwurf aufstellte, sich um 60 bis 70 Mark herumbewegte, während der Dollar bei Beratung des Entwurfs im Reichstage bereits zwischen 170 und 330 schwankte. Die Regierung hat den Kerngedanken als richtig anerkannt, auch mit Sachverständigen

## Das Ruhrgebiet und die falschen Interventionsgerüchte.

Nur eine reinliche Lösung!

Telegramm unseres in das Ruhrgebiet entsandten Sonderkorrespondenten.

Paul Schaeffer.

Im Ruhrgebiet, 15. März.

Es war auffallend, welchem Zentralismus die von Paris verbreiteten Nachrichten über eine Intervention der englischen Regierung in den Ruhrkonflikt hier begegneten. Niemand im Ruhrgebiet kann wissen, daß der Zustand, der durch den Einbruch geschaffen ist, sich auch nur eine Stunde verlängert. Was einem Überdauern der Gefahr besteht hier niemand seine politischen Meinungen. Sie waren dann kaum so handfest geblieben. Aber die Überzeugung ist allgemein, daß keine Lösung erträglich ist, die nicht reinlich ist. Die Franzosen müssen hier verschwinden. Niemand anders, der Feind ist, soll an ihre Stelle kommen. Kein Zustand ist erträglich, der den Zinsen irgend weiteren Vorschub leistet, die sich in dem Einbruch auswirken haben. Und natürlich darf das, was für das Ruhrgebiet erreicht wird, nicht im Zugeständnisse im Rheinland bezahlt werden. Mehr will man nicht, weniger auch nicht. Keinerlei Verhältnisse, die Schranke seit 1918 ohne Ende muß abgebrochen werden.

Das ist die Grundstimmung. Natürlich, sie zerlegt sich in allerlei Erwägungen. Zunächst eines: Ein „halber“ politischer Zustand bedeutet halbe Arbeit in den Werken und in den Gruben. Es gibt für die Arbeit im Ruhrgebiet nur eine politische Regelung, die ihrer Natur entspricht, das ist die deutsche. So wie es war. Das ist eine Voraussetzung vom bloßen Rechtlichkeitsstandpunkt aus. Sie zählt darum nicht weniger. Der Welt muß gesagt werden: Die Produktionsfähigkeit des ganzen Wirtschaftsgebietes hängt von ihr ab. Wie festes an der Saar? Was ist aus Ober-Schlesien geworden? Hier denkt man wirtschaftlich wie an wenigen anderen Stellen der Welt. Die Direktoren, die Industrieführer kennen ihre Arbeiter. Sie wissen, was der Arbeiter will. Wenn der „Kapitalisten“ von manchen Seiten auch hier zugestimmt wird, sie könnten mit dem internationalen Kapital partizipieren, so übersehen diese Leute, wie wenig fruchtbar ein solcher Rest für die Arbeiter werden würde. Die Arbeiter würden.

Dann politische Erwägungen. Immer dieselben Fragen in laute Form. Wissen die Franzosen, daß sie nie hier bleiben können? Weiß die Welt, daß niemand auf dies Land ein Recht verheißt kann, außer dieses Land selbst? Es denkt vielleicht nicht jeder so, aber so fühlt jeder. Solange dieses Land einem Einbruch offenliegt wie diesem, kann hier nicht und kann nicht im übrigen Deutschland die Ruhe eintreten, ohne die das Leben auf die Dauer nicht erträglich ist. Auch das ist jedem bewußt. Diese Empfindung muß reifen in der ganzen Welt. Die Empfindung dafür, daß dieses Experiment auf dem Rücken dieses stolzen Stücks Erde ein zweifaches, ein sinnloses Unrecht war und nie wiederholt werden darf.

Wenn diese Grundlage geschaffen ist, dann soll auch alles getan werden um eine reinliche, dauernde, glückliche Lösung zu suchen. Wenn diese Grundlage geschaffen ist und Verhandlungen beginnen,

wird das Ruhrgebiet keine Zugespaltung wünschen. Das ist so gewiß wie alles andere. Es wünscht schon jetzt nichts, was danach klingt oder danach aussieht. Janzardentum wirken in diesem Bezirk peinlich. Was werden wir, später, wenn er einmal die Entscheidung gefallen ist, darüber hört man hier sehr wenig sprechen. Ich begegne aber oft folgenden Gedankengang: Wenn den Franzosen eine so breite goldene Brücke wirklich gebaut werden müßte, daß sie sich nur verpflichten würden, nach Abschluß der Verhandlungen abzugehen, dann ist das nur möglich, wenn alle Gefangenen sofort freigelassen alle Vertreibungen sofort zurückgeholt werden. Ich spreche hier nicht von maßgeblichen Formulierungen. Aber ich spreche von dem, was jeder einzelne hier für selbstverständlich hält und was die ganze Welt interessiert.

Es liegt hier alles so einfach für jedermann. Und den rechten Weg zu finden, muß die ganze Welt, müssen die Politiker ebenso einfach denken. Sonst wird auch, was freundschaftlich gedacht ist, um den Konflikt zu lösen, nur das Unheil verlängern vergrößern. Was aus England herübertrifft, ereigt sich hier. Unabgesehen. Man sah nur ein Mäander hinter diesem Alarm, der von London nach Paris schallte.

## Die Verhaftung der Hauptzeugen.

Abtransportiert, unbekannt wohin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Die Verhaftung von zwei Hauptzeugen des Attentats auf die französischen Offiziere hat hier große Aufregung hervorgerufen. Die beiden Verhafteten, der Gattin mit Sandmann, vor dessen Töten die Erziehung der beiden Offiziere durch die Alpenjäger stattfand, und der Bergmann Winking der durch Eid ausgelagt hat, daß er mit eigenen Augen gesehen habe, wie zwei französische Alpenjäger auf die beiden Offiziere geschossen haben, sind unbekannt wohin transportiert worden. Die deutsche Kriminalpolizei, die die Ermittlungen in der Angelegenheit angestellt hat, hat nunmehr ihren Dienst eingestellt, weil ihre Arbeit durch die Befehlsgewalt erschwert, besser gelagt verhindert wird.

## Vorkopf französischer Kavalleriepatrouillen

Belegung Düsseldorfener Bahnhöfe.

Münster, 16. März. (W. Z. B.)

Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind französische Kavalleriepatrouillen in Bergischen Lande über Gummersbach nach Rindertsh und Cöberghausen vorgezogen und haben sich dort einquartiert. Gummersdorf ist nicht besetzt. Auf den Landstraßen werden Kontrollstellen eingerichtet. Die Befehle von Linde und Engelskirchen ist am 14. März zurückgegeben worden.

Die Bahnhöfe Düsseldorf-Gravenberg, Düsseldorf-Schrenkfeld und Düsseldorf-Eller sind gestern nachmittag von Franzosen besetzt worden. Das deutsche Beamtenpersonal wurde verjagt. Die Amtsgebäude wurden von den Franzosen in Besitz genommen. Das Verbleiben durch deutsche Beamte wird verweigert.

der Wirtschaft und Wissenschaft „eingehende Beratungen“ gehabt, leidet aber trotzdem die automatische Tarife ab, weil der richtige Entwertungsfaktor (Umsatzminderungsfaktor von Papiermarkt in Goldmark) nicht zu finden ist, und weil sie die Einführung eines stabilen Wertmaßstabes nur auf einem Teilgebiet der Wirtschaft nicht für angängig hält. Das Gesetz begünstigt sich deshalb mit einer Veränderung der Tarife. Der Tarif für die Einkommensteuer ist nicht geändert. Wohl aber sind die Tarife für Vermögenssteuer und Zwangsanleihe wie folgt aufeinander abgelesen:

1. Für natürliche Personen (also nicht für Gesellschaften) sind als Vermögenssteuer zu zahlen von einem Vermögen	bis 1,5 Millionen	2	vom Tausend
für die nächsten	1,5	2,25	„
„	1,5	6	„
„	1,5	9	„
„	1,5	12	„

Bei einem Vermögen von 150 Millionen wird der Höchstbetrag von 3 vom Hundert erreicht. Die Gesellschaften zahlen jährlich 2,25 vom Tausend des steuerpflichtigen Vermögens. Die Freizügigen des Vermögens ist auf 400 000 Mark festgelegt, erhöht sich aber unter gewissen persönlichen Voraussetzungen bis zu 4 Millionen.

2. An Zwangsanleihe sind zu zeichnen von den natürlichen Personen:

von den ersten	600 000 Mark	1 vom Hundert,
„	nächsten 900 000	2 „
„	nächsten 1 500 000	4 „

Der Höchstbetrag von 10 v. H. wird bei 6 Millionen erreicht. Die Freizügigen ist bei 400 000 Mark gezogen und erhöht sich gleichfalls unter gewissen Voraussetzungen.

Erhebter gefasst wurde in zweiter Linie um die Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes bei der Bewertung. Es ist klar, daß die Bewertung von Vermögen und Einkommen besondere Schwierigkeiten macht, sobald die Mark aufgehört hat, ein fester Wertmaßstab zu sein. Gaben früher gemeiner Wert, Ertragswert, Aufschlagspreis, Herstellungspreis, gemessen am allgemeinen Wertmaßstab der Mark, eine feste Grundlage, so läßt sich eine allgemein gültige Norm heute, wo der Einkaufspreis der gleichen Ware 1000 oder 5000 oder 50 000 Mark sein kann, schwer aufstellen. Von den sozialistischen Parteien wurde im Gegensatz zu dem urprünglichen Regierungsentwurf das Verlangen gestellt, die sogenannten eisenen Bestände, nämlich die zur Fortführung des Betriebes erforderlichen Erzeugnisse, Waren, Vorräte und Betriebsmittel von der Einkommensteuer vollkommen zu befreien und die gleiche Menge von Waren am Schluß des Geschäftsjahres zum selben Wert wie am Beginn des Geschäftsjahres einzuliefern, weil der Mehrwert in Mark nur „Scheingewinn“ darstellt. Die Regierung widersprach der Einführung des Begriffs der „eisenen Bestände“. Die Demokraten machten einen vermittelnden Vorschlag. Schließlich fand eine Kompromißregelung Annahme, wonach die Erzeugnisse am Waren und Vorräten zu Zweidrittel mit dem Buchwert des Jahres 1921 und zu einem Drittel mit dem Marktpreiswert vom 31. Dezember 1922, abzüglich eines Betrages von sechzig Prozent einzuliefern sind. Ein Beispiel ergibt folgendes Resultat:

Wenn jemand am 21. Dezember 1921 12 000 Kilogramm Getreide auf Lager hatte, so kosteten diese damals 7 Mark das Kilogramm, also insgesamt 84 000 Mark. Der Preis der Getreide am 31. Dezember 1922 war 520 Mark das Kilogramm. Nach der Vorschrift des Gesetzes soll man zwei Drittel der Vorräte mit dem Preis vom 31. Dezember 1922 ansetzen. Das ergibt bei 12 000 Kilogramm: für 8000 Kilogramm gemäß dem vorjährigen Preis von 7 Mark einen Gesamtpreis von 56 000 Mark. Und für 4000 Kilogramm zu 40 Prozent von 520 Mark einen Gesamtpreis von 832 000 Mark. Insgesamt müssen also die 12 000 Kilogramm, die im vorigen Jahr mit 84 000 Mark in die Bilanz eingeleitet sind, mit 888 000 Mark eingeleitet werden.

Dasselbe Recht der Drittelung hinsichtlich der Verbleibenden haben auf Antrag die Steuerzahler, deren Geschäftsbetrieb die fällige Beschaffung von Waren erfordert. Auch Abschreibungen sind mit einer zehnprozentigen Einkommensteuer belegt. Für Vermögenssteuer und Zwangsanleihe sind die Bewertungsrichtlinien des Reichsfinanzministers für gesetzlich verbindlich erklärt und zwar mit einem Zuschlag von vierhundert Prozent, wovon nur Wohngrund-

stücke und fest verzinsliche Papiere ausgenommen sind. Wenn Forderungen und Schulden in ausländischen Werten vorhanden sind, so ist eine Auslegung vorzunehmen, bevor die Bewertung nach den allgemeinen Vorschriften erfolgt. Damit ist dieser Punkt, der von den Sozialdemokraten zum Gegenstand eines besonders heftigen Angriffs gemacht worden war, klargestellt.

Die dritte Gruppe von Bestimmungen betrifft die Geldentwertung bei der Zahlung. Hier führt die fortschreitende Entwertung der Mark zu den augenfälligsten Missetänden. Der Steuerfiskus kommt nur in den Fällen einigermaßen zu seinem Recht, in denen die Steuern erstens pünktlich und zweitens in dem Zeitpunkt gezahlt werden, in dem Einkommen und Umsatz erzielt sind. Beide Forderungen sind beim Steuerabzug vom Arbeitslohn und bei der Kapitalertragsteuer erfüllt, während die übrigen Steuern bei fortschreitender Geldentwertung in entwertetem Geld gezahlt werden. Der sozialdemokratische Redner führte gegen wieder aus, daß von 94,5 Milliarden Einkommensteuer allein 82 Milliarden aus dem Lohn- und Gehaltsabzug stießen, daß alle Einkommen nur ein Achtel des Lohnabzuges ausmachen, die Arbeitnehmer also fast allein die Steuern aufbringen. Darauf erwiderte Finanzminister Hermes, daß nur 18,6 Prozent der Einkommensteuer aus der Lohnsteuer stammen, während die veranlagten Steuerpflichtigen 81,4 Prozent zahlen. Der Widerspruch erklärt sich daraus, daß der Minister die Zahlen des Steuerjahres 1921, der sozialdemokratische Redner die der letzten Monate genannt hat. Gewiß ist es richtig, daß ein zutreffendes Bild nicht aus einigen, willkürlich herausgegriffenen Monaten, sondern nur aus einem gesamten Steuerjahr genommen werden kann. Aber es ist natürlich nicht angängig, zur Entfrachtung der zweifellos vorhandenen Missetände im Jahre 1922 die Ergebnisse von 1921 heranzuziehen. Zuerstläufige Zahlen für das Steuerjahr 1922 fehlen bisher. Die Sozialdemokratie forderte für die Zahlung der Steuern Bewertung nach einem festen Maßstab, (Goldwert) den sie für die Veranlagung ablehnt. Eins ohne das andere ist natürlich nicht angängig. Das Gesetz hat auf organische Besserung verzichtet und sich damit begnügt, einen gewissen Ausgleich dadurch zu schaffen, daß sämtliche Steuerzahler für jeden Monat mit fünfzehn Prozent Zuschlag und wenn sie länger als drei Monate im Rückstand sind, mit dreißig Prozent Zuschlag bestraft werden. Als Einzelheit seien noch hervorzuheben, daß auf demokratischen Antrag die Angehörigen der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Künstler, Privatgelehrte) zwanzig Prozent ihrer Einnahme aus freier Berufstätigkeit (und zwar mindestens dreißigttausend Mark und höchstens achtzigtausend Mark) von ihrem Einkommen steuerfrei abziehen dürfen, daß ferner die Kapitalertragsteuer außer Erhebung gesetzt und vorläufig durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer ersetzt worden ist.

Das Gesetz, dessen Würdigung in einzelnen noch vorbehalten bleibt, sollte seine neuen Steuergehalte schaffen, sondern lediglich die vorhandenen Gelege der Geldentwertung anpassen. Wir möchten aber keinen Zweifel daran lassen, daß wir auch innerhalb des so gezogenen Rahmens die Bewertungsrichtlinien für vollkommen unzureichend erachten, ganz abgesehen von der unerwünschten parteipolitischen Konstellation, die durch die Abstimmung im Reichstag geschaffen worden ist. Mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hat der Reichstag gefassen eine Entschließung angenommen, die eine gerechte Steuerreform fordert. Wir wünschen, daß eine solche möglichst bald zustandekomme, und zwar durch die natürliche Koalition aller der Parteien, die zur Verteidigung der Republik nach innen und außen entschlossen sind.

### Baron Szécsényi über die Lage im Ruhrgebiet

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Budapest, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Außenbundes hat dessen Präsident, der frühere Handelsminister Baron Joseph Szécsényi, einen Vortrag über die durch die Ruhrbesetzung geschaffene Lage gehalten. Die Besetzung habe nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich selbst eine schwere wirtschaftliche

Herren stand an erster Stelle Bateau, der in der Partie des Fenton einmal zeigte, was er ist: ein sehr guter lyrischer Tenor. Selbst das heftige Ständchen machte ihm keine Schwierigkeiten. Den Hut brachte Karl Armster mehr durch seinen schönen Bariton (der mit alter Mißlosigkeit ansprach) als durch sein bescheiden zurückhaltendes Spiel zur Geltung. Die kleineren Rollen waren angemessen besetzt mit Stod (Reich), Krafz (Dr. Cajus) und Henke, der sich von den komischen Wirkungen des Junker Spärtlich nichts entgehen läßt. Das Publikum zeigte sich dankbar.

### J. K. Wiesbadener Uraufführung einer komischen Oper.

Der Berliner Komponist Verward Schuster erlangt mit seinem Schmelzspiel „Der Dieb des Glücks“ am Wiesbadener Staatstheater einen großen Erfolg. Der Schwerpunkt des Wertes liegt im Orchester, in dem mit Wit, Geist und Behagen die Vorgänge der Handlung föhlich charakterisiert und mit plastischer Macht hingestellt sind. Die Holzbläser dürfen sich hier einmal nach Gezeitenlust tummeln. Dabei erzielt der Komponist trotz Beschränkung auf einfache kleine Orchesterbesetzung durch geschickte Ausnutzung der einzelnen Instrumentengruppen oft erstaunliche Wirkungen. Die Deutlichkeit des Ausdrucks und die Sänglichkeit bleiben stets gewahrt und, so modern sich auch die Oper mitunter gebärdet, die melodische Linie gewinnt doch stets wieder die Oberhand. Das harmonis ausgearbeitete Handlung — ein togegläubiger junger Rittermann kehrt unerwartet heim, zum argen Verdruß der um die reiche Erbschaft streifenden Anverwandten und findet in der Jugendgeliebten, die als einzige kein Andenken trau bemacht hat, das ersehnte Glück — weicht vielleicht allzu sehr äußerer Dramatik aus. Jedemfalls dürfte „Der Dieb des Glücks“ als wertvoller Versuch eines neuen modernen Stiles auf dem Gebiet der komischen Oper bedeutsam sein. Die Aufführung (unter Kapellmeister Rothers) stand auf bemerkenswerter künstlerischer Höhe und ertrifft dem Wert einen Hauch von Akt zu Akt steigenden ethischen Erfolg.

Die neue Zeitung im Deutschen Oberhaus. Der Generalintendant v. Holthoff leitete. Das Charlottenburger Oberhaus wird in den nächsten Wochen und Monaten eine durch Neuaufstellungen und Gastspiele besonders reiche Spielplan bringen: Galtwitz, Jachobbers, Frau Jungwiesels, Herr Jachobbers, Baklanows, Fischer-Niemanns von der Wiener Staatsoper, Frau Dubonnetts, der Rubadefter Staatsoper, Frau Kraus aus München, Frau Rott, Lehmanns aus Wien und Richard Leubers (Dresden). Im Parktheater und Carlouischtheater finden Aufführungen des „Barthol“ statt. Als nächstes Neuaufnahme bereitet das Deutsche Oberhaus Mozarts „Entführung aus dem Serail“ vor. Am 11. Mai geht zum erstenmal das Ballet „Gott und Balabere“ von Cecile Kreuder in Szene.

Widersteh Nachfolger in Paris. Für den nächsten Sonntag in M. überföhrten Dr. Fritz Widert übernimmt Dr. G. v. Hartlaub als Stellvertreter Direktor die Leitung der Kunstschule und hat seinen Bundes zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim.

Rufe herausbeschworen. In der Bevölkerung herrsche musterhafte Einigkeit, deren Durchbruch nach seinen an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücken ein Ding der Unmöglichkeit sei. Diefelbe Einmütigkeit herrsche in der Politik des nicht besetzten Deutschlands. Der Vortragende besahe sich sodann eingehend mit der Dollarleihe des Reiches; er glaube, daß durch diese die Stabilisierung der Mark erreicht werden könne.

### Die Haltung Amerikas.

„Keine Vermittlungsanregung von Seiten Englands.“

Neuer meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes hat ein amtliches Dementi der Pressemeldungen, wonach Großbritannien Vorschläge für eine amerikanische Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland in der Ruhrfrage gemacht haben sollte, veröffentlicht lassen. Erweitert durch folgende Bemerkungen: In amtlichen Kreisen Washington herrsche das Empfinden, daß Frankreich nicht geneigt sei, Vorschläge von Seiten anderer Regierungen entgegenzunehmen. Infolgedessen komme z. B. sein Vorschlag in Betracht. Inzwischen beobachteten die amtlichen Kreise die Lage mit großer Aufmerksamkeit. Wenn sich eine passende Gelegenheit böte, würden sie die Veruche einer Lösung unterstützen. Wicht sei der Regierung von Washington amtlich nichts von Verhandlungen bekannt, die angeblich zwischen Berlin und London abzuweilen und zum Ziel hätten, Frankreich eine Regelung vorzuschlagen.

### Die amerikanischen Besatzungskosten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 16. März. Die Finanzkommission, die über die Zahlung der amerikanischen Besatzungskosten berät, erwartet die am Mittwoch bevorstehende Antwort auf das Angebot der Verbündeten aus Washington. Wie vor einigen Tagen mitgeteilt worden ist, haben die europäischen Alliierten dem Vertreter der Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht, die von Amerika geforderten zweihundertdreißigtausend Millionen Dollars Besatzungskosten von den fünfzigsten deutschen Zahlungen allmählich abzuziehen. Durch diese schlaue Idee glauben die Franzosen die Vereinigten Staaten direkt an der verlustigen gewaltigen Lösung der Reparationsfrage interessieren zu können. Wenn die Vereinigten Staaten solche Forderungen an Deutschland hätten, dann wäre nach der Ansicht der französischen Verteidiger des erwähnten Angebotes zu hoffen, daß Amerika die unrationale freundlicher Anschauung, oder vielleichte sogar durch offizielle Sympathiebeweise unterstützt.

### Befriedigung in Polen über die Entscheidung der Botshafterkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Warschau, 15. März. Die Entscheidung der Botshafterkonferenz über die polnische Offensiv wird in Warschau selbstverständlich mit außerordentlicher Freude begrüßt. Diese wird in ihrer Wirkung nur dadurch abgemildert, daß zunächst die oppositionelle Rechte, die nationalen und regierungsföhligen Parteien, sich gegenseitig mit starkem Temperament die Palme des Sieges streitig machen. Die Nationalen behaupten, der gestrige Tag sei der Sieg der Politik, während die Regierungspresse betont, das Robinet Sikorski habe Polen zum Siege geföhrt.

### Der preussische Ministerpräsident Braun und seine Gattin hatten gestern ein Wiederab eingeladen.

Der Reichspräsident Ebert, Reichsminister Dr. Cuno, Reichsminister Dezer, der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, der ehemalige Minister Dr. Drews, der Oberbürgermeister von Berlin, die Direktoren der Berliner Universität und der Landwirtschaftlichen Hochschule, Mitglieder des Staatsrates, sehr zahlreiche Abgeordnete aus allen Parteien und viele andere Persönlichkeiten waren der gästlichen Aufforderung geföhrt.

### Die Bücherbeschaffungsfonds.

Im Einvernehmen mit der „Vereinsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ ist von Freunden der Geisteswissenschaften ein besonderer „Bücherbeschaffungsfonds“ errichtet worden mit dem Zweck, namentlich fortgeschrittenen Studierenden, Privatdozenten und Professoren, die sich ständig der geisteswissenschaftlichen Forschung widmen, eine erweiterte Möglichkeit zur Beschaffung der hierfür erforderlichen Bücher zu gewähren; und zwar soll das einzelne Buch dem Gelehrten, der es zunächst benötigt, nicht zum dauernden Besitz, sondern zur zeitweiligen Benutzung überlassen und dann der betreffenden Universitätsbibliothek beziehungsweise den Seminarbibliotheken einverleibt werden, um weiteren Nutzen zu dienen. Die erste Anschaffung jedoch soll auf Antrag der einzelnen, insbesondere jüngeren Gelehrten und Forscher erfolgen. Die Notstandssituation soll nicht der Ergänzung der Bibliotheken, sondern dem Forschungsbedarf des einzelnen Gelehrten, und zwar mit Geltung für das ganze Reich, dienen. Der Fonds wird durch ein Kuratorium verwaltet, das aus dem Staatssekretär Professor Becker, Wirklichem Geheimen Rat Professor v. Garnard und Staatsminister Dr. Schmidt-Ott besteht. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind von dem Kaufhaus Mendelssohn u. Co. in Berlin in Gemeinschaft mit ausländischen Freunden beschafft worden. Zuschriften in der Angelegenheit sind zu richten an das Kuratorium des Bücherbeschaffungsfonds, zu Händen des Herrn Staatssekretärs Becker, Berlin W. 8, Unter den Linden 4.

Die neuangeordnete katholische Volkshochschule Berlin umfaßt 26 Abteilungen und 21 Arbeitsstellen. Die Abwehr der Themen der mehrheitlich, musikalische und weltanschauliche Stoffe. Daneben ist Volkshochschule, Kindertagesstätte und Jugendklub vertreten. Vorsitzender des Kuratoriums ist Staatssekretär Dr. Reich, Vertreter der Volkshochschule Dr. Banisch, Geschäftsführer Dr. Semmelweis. Hauptgeschäftsstelle: Berlin NW. 7, Godesberger Allee 44. II.

Auswärtige der Reichshochschulen. Die Dozenten, Beamten und Angestellten der deutschen Hochschulen haben sich vorwiegend an der Ruhrbesetzung beteiligt. An einer Reihe von Hochschulen werden bis auf weiteres 2 Prozent des Einkommens abgeführt, andere haben Sammlungen veranstaltet, die beträchtliche Summen einbrachten.

Der vorstehende Berliner Erkundigungen. Die Hundt nach „Dionysius“ von Ovea Kaiser gelangt nicht am Renaissances, sondern am 2. Juli 1922 in Theater am 23. B. M. zur Berliner Erkundigungen, und zwar mit Hans Strauß als Ovea und Herr Jachobbers als Dionysius. Die Probe hat bereits in vollem Gange. Im Deutschen Oberhaus findet die Uraufführung von Engelbert Humperdincks „Hänsel und Gretel“ am 23. B. M. heute, Freitag, 17. März, abends 7 Uhr, statt. Im Carlouischtheater werden mit Karab Kuratoren Maria Elder, Frau Reifner, Julie Marschalls (Gard Robl, Gustav Berner. Musikalische Leitung: Professor Rudolf Kesselt. Am Reichstheater findet am kommenden Dienstag die Uraufführung von „Jens Widen“ mit Albert Wackerman als Holmer Gebel statt. Neben Albert Wackerman werden im Carlouischtheater Rollen: Anita Falkenberg, Josef Klein, Albert Bahr, Ede Heller mann, Olga Rimburg und Margarete Schöler. Regie: Dr. Gise Karst.

### Staatsoper.

„Die lustigen Weiber.“

L. S. Nicolais einziges, aber wie es scheint, unsterbliches Meisterwerk wieder aufzuführen, in seiner musikalischen Gestalt und in der Erinnerung der Opernbesucher, daran hat die Staatsoper recht getan. Es gibt nicht viel, das aus der Spätromantik so frisch geblieben ist wie diese „Lustigen Weiber“. Und in einer Zeit, in der man nur immer gegen den Erich bürstet, tut es wohl, einem so feinen, lebenswürdigen Wert zu begegnen. Wohl ist seine Melodie, wo sie sentimental ist, verflücht, verdröhnet wie in alten Stammbuchblättern gepreßte Blumen. Aber der Geist unbeschwerter Lustigkeit, der Anmut und des musikalischen Witzes läßt heute noch in dieser Partitur. Welch Gedicht im Aufbau wirksamer Ensemblestücke, welche Komik, welche neue, oft schon ganz moderne Klängeffekte im Orchester! Ein Jammer, daß dieses Talent, das berufen war, am Berliner Kapellmeisterpost zu wirken, der komischen Oper in der Wüste der Jahre verloren ging.

Die Wiedergabe der „Lustigen Weiber“ erfordert viel. Vor allem Grazie, verbunden mit Temperament, aber auch Gedankkraft. Unter Weingartner haben wir einmal unvergessliche Aufführungen erlebt. Die Zeiten sind vorüber. Selmar Wechsowitz zeigte in der Opernreihe, wie er sich die Oper denkt: in ihrem Relief und in der weichen Gehörtheit. Das „Wie frei ich mich habe“ er tödlich nicht in der Weichheit geben sollen, der Schöpfung der Weile war dadurch geföhrt, gerade wie der vorausgehende entscheidende Dialog der beiden Männer viel zu schwerfällig geföhrt wurde. Ausgesprochen ging das Quartett und im letzten Akt das Trio. Zu reißend liebes Schöpfung. Gegen die aus Bruchstücken hingehängten Einleitungen der mit Profa beginnenden Szenen etwas zu sagen, wäre feilföhliger, aberkebedendigkeit der Handlung hätte verständnisvoll Karl v. Oly's Regie geföhrt. Den gesprochenen Dialog natürlich und wirksam pointiert zu gestalten, war wohl ein Ding der Unmöglichkeit.

Daß der Vorstellung bei mancherlei Vorzügen die rechte Lustigkeit fehlte, das Bedauernswürdige, Zündende, lag vor allem am Fallst. Otto Selgers ist nun einmal nicht komisch. Daß ihm die Gabe des Humors abgeht, dafür kann er nicht; aber daß er seine an sich schon Stimme so massiv, so aufdringlich verwendet, widerstreitet dem Stil der Musik und gerät ihm zum Vorwurf. Frau v. Caropol ist eine schalkhafte, feine gestaltende Figur. Musikalisch ritardiert sie ein wenig, auch hätte man ihr für die große Arie mehr virtuose Durchschlagskraft gewünscht. Neben ihr als Frau Reich die viel zu ernste und Ober. Wo blieb da der Sonnenchein, wo die Ausgeglichenheit der beiden Acker, aber die wir doch lachen sollen? Die dritte im Bunde, die blasse Anna, wurde von Frau Kerker-Wagner höchlich und sympathisch geföhrt. Von den

# Mädchenschänder.

Ein Kulturkrieger.

Münster, 14. März. (Rb.)

Der Regierungspräsident von Münster, Dr. Gahlende, hat an den französischen Oberdelegierten für die deutsche Zivilverwaltung, General Denbignes in Düsseldorf, folgendes Schreiben gerichtet:

Am 16. Februar, abends gegen 9 Uhr, wurde, wie mir gemeldet wird, die berühmte Josephine Maier in Knippenburg, Nr. 36 wohnhaft, auf Essen-Deiwiger Gebiet in der Nähe der Kanalarbrücke von sechs französischen Marinejolidaten vergewaltigt. Die Maier befand sich mit ihrem Bräutigam auf dem Wege zu ihrer neuen Wohnung in Essen-Deiwiger, Schulstraße, um auf einem Hanwaggen Möbel dorthin zu bringen. In der Kanalarbrücke wurden die beiden angefallen und von dem Bräutigam der Hof verlangt, den dieser auch vorgeigte. In Gesellschaft der sechs Franzosen befand sich noch ein Belgier, der verließ deutsch sprach. Einer der französischen Soldaten hielt den Bräutigam, Kanja, hier, Bahnhofsstraße 42 wohnhaft, die Pistole vor das Gesicht und zwang ihn, mit den Möbeln zurückzuführen. Die Soldaten entfernten sich mit der Maier. Nach einigen Schritten riefen sie ihr Halt zu und leiteten ihre Waffen auf die Brust. Der Belgier erklärte, falls sie alle befehdigen würde, würde ihr nichts geschehen, anderenfalls aber würde sie erschossen. Kaum hatte das Mädchen dieses Wortes mit Nein beantwortet, als sie auch schon von den französischen Soldaten in den Graben geworfen wurde.

Das Schreiben schließt dann, wie man ihr mit einem Strich die Hände rückwärts zusammenband, ihr die Pistole auf die Brust setzte und die sechs Soldaten sie der Reihe nach aufschlugen. Man band ihr den Strich von den Händen, kopfte ihr den Mantel ab und eröffnete ihr, daß sie erschossen und ins Wasser geworfen würde, falls sie ihrem Bräutigam etwas sage. Daraufhin wurde sie entlassen.

„Ich greife diesen Fall“, heißt es in dem Schreiben des Regierungspräsidenten weiter, „anzu nennenswerter Wichtigkeit heraus, um erneut gegen dieses unerhörte Verhalten französischer Soldaten gegenüber der deutschen Bevölkerung feierlichst Protest zu erheben. Ich frage Sie, Herr General, wie lange das Oberkommando diese schandvollen Zustände noch dulden wird. Mein Protest gegen die schmerzlichen Ausschreitungen in Recklinghausen am 7. und 8. Februar ist ohne Antwort geblieben. Sollte das französische Oberkommando tatsächlich in die diesem Protest hervorgehobenen Handlungen sowie diese neueste Schandtat der ihm unterstellten Truppen durch stillschweigendes Dulden der Sünden wollen, so mag es immerhin leicht sein, die Beschwerden eines wehrlos gemachten Volkes und die Proteste seiner Regierung zu überhören. In der gesamten Kulturwelt aber hat es stets noch als Feindschaft und Schand begolten, sich an Wehrlosen, zu mal an Frauen, gewalttätig zu vergriffen. Ich darf also Ihrer Antwort entgegensehen, welche Erledigung der vorliegende schändliche Fall gefunden hat.“

# Neue Willkürakte der Franzosen.

Amsenthebung eines Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 16. März. (W. L. Z.)

Der Regierungspräsident der Provinz Westfalen, Doerr, ist von den französischen Besatzungsbehörden seines Amtes entsetzt worden. Die Ausweisung ist noch nicht erfolgt. — Die Franzosen haben in der Oberprokuratur in Düsseldorf sämtliche Marken der Angestelltenverzeichnisse weggenommen. Da in der Angestelltenverzeichnisse das Markenverfahren erst vom 1. Januar 1923 an zur Einführung gelangt und der genaue Markenbestand den für die Postämter bestimmten ersten Bedarf darstellt, ist das gesamte Ruhrgebiet noch ohne Marken. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen selbst nicht davon zurückzuziehen, die Durchführung der sozialen Gesetzgebung zu unterbinden. Ferner können infolge der durch die Franzosen hervorgerufenen Einwirkung in den Telegraphenverkehr Telegramme für verschiedene Orte im alt- und neubefreiten Gebiet, z. B. für Koblenz, Mainz und Wiesbaden, ihrer Bestimmung nicht mehr mit Sicherheit zugeführt werden.

Wien, 15. März. (Gca.)

Die Zahl der aus dem altbefreiten Gebiet ausgewickelten beträgt jetzt 1084.

# Zwei Monate Gefängnis für einen Mord.

Paris, 16. März. (W. L. Z.)

Aus Düsseldorf wird gemeldet, der französische Unteroffizier, der auf dem Bahnhof Biel bei Düsseldorf ein junges Mädchen erschoss, wurde zu zwei Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt.

Diesem Urteil gegenüber sind folgende erst jüngst ergangene Beschlüsse französischer Kriegsgerichte gegenüber Deutschen bemerkenswert: Der Antmann Weiberg aus Wanne wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, Kohlen an die Franzosen zu liefern. — Die bayerischen Regierungsbeamten Rudolf Mayer und Walter Müller in Offenbach haben sich vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu verantworten, weil sie dem Befehl der Besatzungsbehörden, Plakate mit Verordnungen der Rheinlandkommission anzuheften zu lassen, nicht Folge geleistet hätten, ferner die ihnen unterstellten Beamten zum Angehörigen gegen Verordnungen der Rheinlandkommission aufgefordert haben sollen. Das Urteil lautete gegen Mayer auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und 30 Millionen Mark Geldstrafe, gegen Müller auf 1 Jahr Gefängnis.

# Der Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Zu der Meldung in der Morgenausgabe unseres Blattes über das Notgesetz zum Schutz der deutschen Finanzen und der Währungsreform ist ergänzend folgendes nachzutragen: Für den Warenverkehr über die Reichsgrenzen und innerhalb des Reichsgebietes ist es verboten, bei anderen als den nach den deutschen Vorschriften zuständigen Stellen Bewilligungen (Ein- und Ausfuhrbewilligungen) zu und Abaufbewilligungen) für sich oder andere zu beantragen oder anderen zu beschaffen oder von solchen Bewilligungen in diesem Verkehr Gebrauch zu machen; aus der Ausfuhr erzielte Revenüen abzuliefern oder für solche Stellen anzunehmen, Waren zu liefern bzw. anzunehmen, wenn bekannt ist oder den Umständen nach angenommen werden muß, daß sie auf Grund von Bewilligungen in das Ausland oder aus dem besetzten in das unbesetzte Reichsgebiet oder aus dem unbesetzten in das besetzte Reichsgebiet verbracht werden sollen bzw. verbracht worden sind.

Der Kommentator des Frankfurter Staatsrechts Prof. Dr. Ciolek zur Reichsgerichtsentscheidung erklärt bereits in seiner Auflage (Cicero, Carl Neumann Verlag). Die neue Ausgabe stellt eine vollständige Neubearbeitung dar, in der alle neueren Gesetze und Verordnungen sowie die gesamte Literatur und die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe verzeichnet sind.

# Die Anrufung des Völkerbundes.

## Cecil gegen Beschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland.

Die Frage der „Sicherung“ Frankreichs. — Für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 16. März.

Lord Robert Cecil hat bei Gelegenheit der letzten Anträge über die Befestigung des Ruhrgebietes zweimal gegen die Anrufung des Völkerbundes gestimmt. Diese Haltung Cecil's ist hier sehr bemerkt worden. Man fragt, was für Hoffnungen man noch auf den Völkerbund setzen könne, wenn er sogar von Lord Cecil verweigert werde. Jetzt hat Cecil auf einer Versammlung der Völkerbund-Union seine Anschauungen über die Aufgaben des Völkerbundes dargelegt. Er begann damit, daß er die Befestigung des Ruhrgebietes vor allem deswegen bedauere, weil sie auf beiden Seiten eine scharfe nationale Erregung geschaffen habe. Diese Erregung könne nicht länger ohne Parteinahme angehen werden. In Deutschland habe sie den Erfolg gehabt, die Regierung an der Verlegung von Vorschlägen zur Befestigung des Ruhrgebietes zu verhindern, und in gleicher Weise sei die Abneigung Frankreichs festzustellen, seine Ansprüche zu erfüllen. Er sehe aber nicht ein, wie eine Lösung zustande kommen könne, bevor alle Parteien ihre Karten auf den Tisch gelegt hätten. Die erste wesentliche Aufgabe sei, daß diese nationalen Rebell zerstreut würden, daß die Parteien offen und genau erklärt werden, was sie eigentlich wollten. Dann könne man sehen, wie weit sie voneinander entfernt seien und wo es gehen werden könne, sie zusammenzubringen. Lord Cecil führte weiter aus, er glaube nicht daran, daß Frankreich bei der Befestigung des Ruhrgebietes anexionistische Absichten habe. Er könne sich irren, aber er habe es sich eigene Mühe kosten lassen, das festzustellen, und dies sei seine wohlüberlegte Meinung. In Frankreich, glaube er, sei man weniger um die Reparationen als um die Sicherung besorgt. Deshalb müsse man vor allem Frankreich eine Sicherung gegen deutsche Angriffe verschaffen; denn solange nicht Frankreich das Gefühl der Sicherheit habe, habe es auch nicht die Gemütsverfassung zu einer geschäftsmäßigen Regelung, die bei der Reparationsfrage nötig sei. Ein großer Teil der Rede Lord Cecil's war der Frage der Sicherung für Frankreich gewidmet. Was den Garantievertrag zwischen Frankreich und England

betrafte, führte Lord Cecil aus, so glaube er nicht, daß England hier aufzugeben werde. Etwas Ordre's als ein Dreimächtepaar sei nötig. Nur der Völkerbund könne die große Aufgabe der Sicherung lösen, und das besonders, wenn man Artikel 10 beachte, der alle Mitglieder verpflichte, sich im Falle eines Angriffs zur Hilfe zu kommen.

Wenn der Völkerbund allen Völkern der Welt offenstehe, würde auf diese Weise nicht nur Frankreich gegen Deutschland, sondern auch Deutschland gegen Frankreich gesichert sein. Man habe in der französischen Presse und auch anderswo den Vorschlag gefunden, die französische Obergrenze durch eine Neutralisierung und Militarisierung einer Zone zwischen Deutschland und Frankreich zu sichern. Lord Robert Cecil verwahrte sich ausdrücklich gegen den Gedanken eines Pufferstaates. Sein Verzicht dürfe unter keinen Umständen werden, die politische und wirtschaftliche Souveränität Deutschlands in diesen Gebietskreisen anzutasten. Das Land müsse deutsch bleiben. Nur militärische Vorbereitungen dürften in der Zone, deren Eisenbahnen zu neutralisieren seien, nicht erlaubt sein. Er glaube, daß eine solche Neutralisierung durch den Völkerbund erfolgen könne. Cecil ging darauf nochmals auf die Reparationsfrage ein. Es sei die Hauptfrage, sie in die Atmosphäre des Völkerbundes zu bringen und sie, wenn möglich, an den Völkerbundstafel zu verweisen. Hierzu sei aber unbedingt nötig, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde. Er hoffe, daß die englische Regierung die nächste Gelegenheit ergreifen werde, um eine beratende ihm gemeinsame Politik möglichst bald auszuführen. Tag für Tag entferten sich die Sympathien des englischen Volkes von seinem alten Alliierten, und es gäbe kein größeres Unglück für Europa als einen Bruch zwischen England und Frankreich.

Nach Lord Cecil sprach Clines von der Arbeiterpartei. Er begrüßte den Wunsch aus, es sollten Schritte getreten, sowohl Deutschland als Frankreich zu einer Erklärung ihrer Absichten zu bringen. Darauf nahm die Versammlung folgende Entschlossenheit an: Es sei nötig, den ganzen Komplex der internationalen Probleme, in deren Mittelpunkt das Reparationsproblem und die Sicherheitsfrage stehe, so bald wie möglich vor den Völkerbundstafel zu bringen, und zwar, wenn irgend möglich, unter der Mitwirkung Deutschlands und Amerikas. Die Wahl des geeigneten Augenblicks liege bei der Regierung, aber jede unnötige Verzögerung werde die furchtbarsten Folgen haben. Von den Mitgliedern des Vereins hoffe man, daß sie alles tun werden, um die Regierung und das Parlament bei der Verfolgung einer solchen Politik zu unterstützen.

# Der französische Verbindungsmann in Bayern

Der ehemalige Kronprinz Rupprecht weiß nichts von ihm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 15. März.

Bezugnehmend auf den Artikel des Majors Marx in der „Mündener Post“ gibt die Polizeidirektion folgende amtliche Erklärung: Es ist richtig, daß Freiherr v. Cramer-Klett einmal, und zwar an einem nicht feststellbaren Tage des Monats Dezember 1921, feinesfalls aber, wie die „Mündener Post“ behauptet, am 6. Dezember, den Richter (den französischen Professor) im Saargebiet, die (Reb.) zusammen mit Professor Fuchs auf dessen Weisung in seiner Münchener Wohnung empfangen habe. Mit diesem Befehl, von dem Kronprinz Rupprecht keinerlei Kenntnis hatte, sondern erst jetzt durch die Mayr'sche Erklärung erfuhr, verfolgte Professor Fuchs den Zweck, durch Vermittlung des Freiherrn v. Cramer-Klett für Richter eine Unterredung mit dem Kronprinzen Rupprecht zu erreichen. Obwohl nach Vorgeben des Fuchs Richter lediglich wirtschaftliche Fragen mit dem Kronprinzen Rupprecht erörtern wollte, bezeugte Cramer-Klett von vornherein jede derartige Unterredung des Kronprinzen mit einem Franzosen als ausgeschlossen. Cramer-Klett sei in der betreffenden Zeit unternommen Versuch des Professors Fuchs, für Richter durch die Vermittlung des Bezirksoberamtmannes Graf v. Soden einen Empfang beim Kronprinzen zu erwirken. Soden hat Richter nicht gesehen. Gelegentlich der Erhebung hat Kronprinz Rupprecht ausdrücklich betont, daß er seit Beendigung des Krieges niemals mit Franzosen weder unmittelbar noch mittelbar irgendwelche Aussprache geführt oder gehabt habe.

München, 16. März.

Im bayerischen Landtag erhob der bayerische Abgeordnete, Geheimrat Held, gegen die Reichsberechthaberprotest, daß die für die feinerzeit vertraglich festgelegten Bedingungen gegenüber den bayerischen Verkehrlinien nicht einhalte. Die bayerischen Zweigstellen würden systematisch ausgefaltet. Die Verhältnisse würden unrettbar, besonders wegen der Bevorzugung der norddeutschen Industrie mit Aufträgen und Preisbewilligungen für diese Aufträge. Der noch geschuldete Betrag des Reiches an Bayern für den Übergang der bayerischen Bahnen an das Reich sei heute noch nicht bezahlt und insoweit so wertlos geworden, daß er neu festgesetzt werden müsse. Die bayerische Regierung müsse mit aller Energie auf die Regelung und Befreiung dieser Angelegenheit beim Reich dringen. Handelsminister Meinel kam auf die Rede Helds zurück und sagte, es soll damit kein Zankapfel zwischen Bayern und das Reich geworfen werden, aber er müsse auch für Bayern Gleichberechtigung der Bahnen fordern.

# Politische Tageschau.

Wie wir hören, ist die Rede des Reichsministers des Innern v. Nosgen, die dieser Anfang nächster Woche im Plenum des Reichstags über die politische Lage halten wollte, vorläufig verschoben worden. Der Etat des Auswärtigen Amtes, bei dessen Beratung der Außenminister sprechen wollte, wird nicht von Ostern zur Verhandlung kommen, so daß die Rede des Ministers erst Anfang April zu erwarten sein dürfte.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde ein Antrag der Krantzenfanten von der Regierung gelehrt. Der Antrag annahm, daß ein Viertel der Beträge für Arznei und Heilmittel den Patienten aufgelegt werden könne.

Am 25. April d. J. ist ein Vierteljahrhundert verfloßen, seit die Handelshochschule Leipzig — die erste Anstalt dieser Art in Deutschland — ihre Thüren öffnete. Da die Hochschule nicht Staatsanstalt ist (vielmehr vom Staat der Stadt und der Handelskammer Leipzig, sowie von den übrigen sächsischen Handelskammern zur Beiträge erhält) und über große Mittelungen nicht verfügt, wendet sie sich mit einem Wahn zur Unterstützung an Industrie, Handel und Gewerbe. Es ist zur Förderung der Hochschule die Gesellschaft der Freunde der Handelshochschule Leipzig begründet worden, die Beiträge auf ihr Postfachkonto: Leipzig Nr. 6301, entgegennehmen.

# Die Märzfeier der Berliner Demokraten.

Für die Märzfeier der Deutschen demokratischen Partei am Sonntag, vornehmlich 11 Uhr, ist folgendes Programm aufgestellt: 1. Rede nicht die Hand zum Rumpf von Woyatz vorgetragen von Wehloffen-Gher, unter Leitung des Ehrenleiters Herrn Willkür; 2. Worte von Freiheitsgott, gesprochen von Herrn Karl Gher, Mitglied des Staatsrats; 3. Schwarz-Rot-Weiß nach Freiheitsgott von Richter, gesungen von Wehloffen-Gher; 4. Gebetrede, Reichsminister Dejer; 5. Schlussspiel. Die sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein von Mendelssohn, der Wehloffen-Gher. Die Niederlegung des Kranzes der Deutschen demokratischen Partei auf dem Friedhof der Märzgefallenen erfolgt Sonntag, nachmittags 4 Uhr. Treffpunkt für die Abordnung und Parteifreunde, die sich anschließen wollen, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 12.

Der Frauenausschuss im Bezirk IX der Deutschen demokratischen Partei veranstaltet am Sonntag, 18. März, nachmittags 5 Uhr im Hause von Frau Weyer, Halensee, Kurfürstendamm 110/111 (am Ringbühlweg Halensee) eine Gedenkfeier an den 18. März 1848. Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marie Elisabeth Süders wird eine Ansprache halten. Frauen Maria Dopler wird die Reden halten. Der Abend, vor allem vor dem Vortrag bringend, politische Vorträge umrahmen die Veranstaltung. Unkostenbeitrag 50 Mark. Karten in beschränkter Anzahl sind noch zu haben bei Frau Lise, Liebenburgerstraße 33.

# Schießerei im Frankfurter Amtsgericht.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 16. März.

In einer Abteilung des hiesigen Amtsgerichts sollte der Schutzmacher Bremser durch Amtsgerichtsrat Siebel in einer Räumungsfalle verurteilt werden. Am Schluß der Vernehmung ergriff Bremser einen Schritt, um ihn nach dem Richter zu werfen, wurde aber daran gehindert. Darauf grollte einem Revolver und schoss zweimal, ohne zu treffen. Das Publikum geriet in große Erregung. Man bemühte sich, des Täters habhaft zu werden, der in das Erdgeschoss lief, um nach dem Ausgang zu gelangen. Dort verstauchte der Justizwachmeister Richter die stehenden festzuhalten, bekam aber einen Schuß in die Brust. Schwerverletzt wurde Richter ins Krankenhaus gebracht; der Täter wurde verhaftet.

# Die Waffenfunde auf Schloß Caputh.

Vernehmung des Schloßbesizers.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde die, wie berichtet, auf Schloß Caputh aufgefundenen Waffen beschlagnahmt und werden nach Potsdam überführt werden. Die zuständigen Verwaltungen stellen in Potsdam, die mit der Nachforschung über die Angelegenheit betraut sind, haben gleichzeitig den Schloßbesitzer Herrn v. Willkür vernommen. Er behauptet, daß bereits Ende 1918 die Waffen von einem seiner Freunde nach Caputh gebracht und ihm zur Aufbewahrung übergeben worden seien. Er selbst habe sich um die Sache dann nicht mehr gekümmert. Auch die anderen Bewohner des Schloßes, darunter der frühere Oberleutnant der Schutzpolizei, v. Kessel, der einen Gartenpavillon des Schloßes bewohnt, wurden darüber vernommen, wann die Waffen nach Schloß Caputh geliefert worden seien, da gewisse Angaben darauf hindeuten, daß die Mauer, die das Versteck der M.O. umschloß, erst vor kürzere Zeit aufgeführt worden ist. Man bringt den Waffenschatz in Caputh mit diebstahl in Verbindung, die vor etwa anderthalb Jahren in verschiedenen Potsdamer Arsenalen festgelegt worden waren. Der Schloßbesitzer wird sich nun wegen Waffensittenvergehen und wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Waffenablieferung zu verantworten haben.

Von Regierungsrat Robert Coester, vormals Landrat in Jaroschin, jetzt im Reichsministerium des Innern tätig, ist ein kleines Buch „Die Lösung Ostens“ erschienen, das interessantes und teilweise unbekanntes Material über die Vorgänge im ehemaligen deutschen Osten seit Kriegsende bringt. Die Schrift ist bei Georg Stilke erschienen.





